



# Ausgewählte parlamentarische Geschäfte SJ 2025/2026

Der Walliser Verband für Beruflichen Unterricht (WVBU) verfolgt gemeinsam mit der Kommission für Unterrichtswesen des Zentralverbandes der Magistraten, der Lehrerschaft und des Personals des Staates Wallis (ZMLP) aufmerksam die Thematiken aus dem Bildungssektor, welche vom Grossen Rat aufgegriffen werden, und verfasst im Vorfeld der Grossratssessionen Positionspapiere zu Thematiken im Bildungsbereich. Hier finden Sie aus dem Schuljahr 2025-2026 auf Basis der Unterlagen zu den Sessionen einen kurzen Überblick zu ausgewählten Geschäften, welche primär die Berufsbildung betreffen, mit dem jeweiligen Stadium der Behandlung:

## POSTULATE<sup>1</sup>

- **Stärkung von Schulen, Schulleitungen und Lehrpersonen im Umgang mit der künstlichen Intelligenz**

Der Staatsrat wird in diesem Postulat aufgefordert ein Konzept zur Regelung der rechtlichen, ethischen und erzieherischen Verwendung im Unterricht von künstlicher Intelligenz zu erstellen, das Schulen, Schulleitungen, Lehrpersonen sowie Schülerinnen und Schüler als Leitlinie bei Umgang, Verwendung, Geboten und Verboten unterstützen und lenken soll. Dabei müssen Lehrpersonen befähigen werden die technologische Unterstützung bestmöglich zu nutzen. Dies aber im klaren Bewusstsein von Gefahren und Chancen beim Einsatz der verwendeten Technologie.

Dieses Postulat wird nicht bekämpft und mithin an den Staatsrat zum Vollzug überwiesen.

<https://parlement.vs.ch/app/de/link/259683>

- **Schaffung eines kantonalen GA für unter 25-Jährige als Ersatz für die Rail-Checks**

Mit dem Postulat wird der Staatsrat aufgefordert, in Zusammenarbeit mit den Gemeinden, den Eltern und den öffentlichen Verkehrsunternehmen die Schaffung eines vergünstigten kantonalen GA für unter 25-Jährige als Ersatz für die Rail-Checks zu prüfen., um den jungen Menschen einen erweiterten und kostengünstigen Zugang zum ÖV ermöglichen und gleichzeitig zur Erreichung der Klimaziele beitragen, indem er ein nachhaltiges Mobilitätsverhalten fördert.

Mit 64 gegen 63 Stimmen bei 0 Enthaltungen nimmt der Grosse Rat dieses Postulat an und überweist es zum Vollzug an den Staatsrat.

<https://parlement.vs.ch/app/de/link/273686>

- **Stärkung der Suchtprävention an Schulen im Kanton Wallis**

Der Staatsrat wird mit diesem Postulat beauftragt, in einem Bericht darzulegen, wie die Suchtprävention an den Walliser Schulen systematisch gestärkt und weiterentwickelt werden kann. Ziel ist es, Jugendlichen einen frühzeitigen, altersgerechten und nachhaltigen Zugang zu suchtpreventivem Wissen, Reflexion und Unterstützung zu ermöglichen. Der Bericht soll insbesondere folgende Punkte behandeln: 1. Eine Bestandsaufnahme der bestehenden Angebote und Programme zur Suchtprävention an Sekundar- und Berufsfachschulen im Kanton Wallis und an welchen Schulen diese tatsächlich zum Einsatz kommen. 2. Eine Evaluation der Wirksamkeit dieser Massnahmen sowie der personellen und finanziellen Ressourcen. 3. Eine Analyse, ob die aktuellen Massnahmen alle relevanten Suchtformen abdecken. 4. Vorschläge zur besseren Koordination und Integration der Suchtprävention in den Schulalltag 5. Prüfung eines kantonalen Rahmenkonzepts für wirkungsvolle und altersgerechte Suchtprävention an Schulen.

Mit 68 gegen 56 Stimmen bei 1 Enthaltung nimmt der Grosse Rat dieses Postulat an und überweist es zur Beantwortung an den Staatsrat.

<https://parlement.vs.ch/app/de/link/265722>

**Abgelehnt** wurden die Postulate «Sprachförderung vor der Einschulung», «Einführung Nothelferkurs an Schulen», «Benotung von Verhalten und Fleiss in der obligatorischen Schule».

<sup>1</sup> Mit einem Postulat wird der Staatsrat dazu aufgefordert, eine bestimmte Frage zu prüfen und einen Bericht oder Anträge zu unterbreiten. (Parlamentdienst Sitten. (2025, S.29). *Kleiner Wegweiser durch den Walliser Grossen Rat [Broschüre]*, oder <https://parlement.vs.ch/app/de/document/156551> (01.06.2026)



## MOTIONEN<sup>2</sup>

Im Schuljahr 2025 – 2026 wurden keine Motionen betreffend die Berufsbildung behandelt.

## INTERPELLATIONEN<sup>3</sup>

- **Flächendeckendes Handyverbot an Schulen im Kanton Wallis**

Das Departement für Volkswirtschaft und Bildung des Kanton Wallis hat ein generelles Handyverbot an obligatorischen und weiterführenden Schulen beschlossen. Dieses Verbot untersagt Schülerinnen und Schülern die Nutzung von Mobiltelefonen während des gesamten Schultages. Bis anhin lag die Regelung der Handynutzung primär in der Kompetenz der einzelnen Schulen, die je nach Standort bereits differenzierte Lösungen eingeführt haben. Die Interpellation fordert Antworten auf verschiedene rechtliche, pädagogische und kinderrechtliche Fragen im Zusammenhang mit dem Totalverbot.

<https://parlement.vs.ch/app/de/link/266325>

Die mündliche Antwort von Staatsrat Christoph Darbellay können Sie hier nachhören:

[https://vs.recapp.ch/shareparl/?agendatitemUid=ab0a0eea-75cb-4fae-b18f-](https://vs.recapp.ch/shareparl/?agendatitemUid=ab0a0eea-75cb-4fae-b18f-72789ccf032d&insiteScroll=true&scroll=false&segmentUid=b255c442-6d17-434b-8fa0-d8ac1876208b&unitName=default)

[72789ccf032d&insiteScroll=true&scroll=false&segmentUid=b255c442-6d17-434b-8fa0-d8ac1876208b&unitName=default](https://vs.recapp.ch/shareparl/?agendatitemUid=ab0a0eea-75cb-4fae-b18f-72789ccf032d&insiteScroll=true&scroll=false&segmentUid=b255c442-6d17-434b-8fa0-d8ac1876208b&unitName=default)

- **Wie weit geht der Nachteilsausgleich an unseren Schulen**

Nachteilsausgleiche können auf allen Bildungsstufen - von der Primarschule bis zum Tertiärbereich - gewährt werden. Fachpersonen berichten, dass die Zahl der Studierenden mit Nachteilsausgleich zunimmt, insbesondere auf den unteren Stufen der sonderpädagogischen Massnahmen. Dies wirft vor allem an weiterführenden Schulen Fragen hinsichtlich der Bildungsqualität auf. Spätestens auf dem Arbeitsmarkt wird nicht mehr zwischen formalen und inhaltlichen Anforderungen an Arbeitnehmende unterschieden. Wenn immer mehr Schülerinnen und Schüler ihre Diplome mit Nachteilsausgleich erwerben, leidet die Aussagekraft dieser Abschlüsse - was problematisch für den Arbeitsmarkt ist. Zudem steigt das Risiko, dass Personen Ausbildungen wählen, die langfristig nicht ihren persönlichen Stärken entsprechen.

Im Zuge dieser Überlegungen ersuchen die Urheber der Interpellation den Staatsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

- Wie viele Nachteilsausgleiche wurden im vergangenen Schuljahr pro Bildungsstufe (Primar-, Sekundarstufe I/II und Tertiärstufe) gewährt?
- Wie verteilen sich diese auf die verfassungsmässigen Regionen?
- Welche Beeinträchtigungen treten am häufigsten auf und welche Arten von Nachteilsausgleich werden in diesen Fällen gewährt?
- Wie hoch ist die Ablehnungsquote bei Gesuchen um Nachteilsausgleich?
- Wie haben sich die Zahlen in den letzten zehn Jahren entwickelt?
- Wie beurteilt der Staatsrat die Situation angesichts der oben beschriebenen Problematik (Qualifikation für den Arbeitsmarkt und Ausbildung, die nicht den persönlichen Stärken entspricht)?
- Gibt es bezüglich dieses Themas statistisch erfasste Unterschiede zwischen der Volksschule und den alternativen Schulmodellen, wie beispielsweise Bildungspunkt Eggerberg, GD Schule Bratsch oder Bauernhof Schmeli?
- Welche Rückmeldungen erhält der Staatsrat von den Fachpersonen vor Ort?
- Wie beurteilt der Staatsrat die Situation im interkantonalen Vergleich?

Die Antwort von Staatsrat Christophe Darbellay auf diese Interpellation können Sie hier nachlesen:

<https://parlement.vs.ch/app/de/link/273654>

- **Auswirkungen des Entlastungspakets 2027 auf den Kanton Wallis**

Der Bundesrat hat vom 29. Januar bis 5. Mai 2025 die Vernehmlassung zum Entlastungspaket 2027 (EP27) durchgeführt. Mit diesem sollen ab 2027 strukturelle Einsparungen von 2,7 bis 3,6 Milliarden Franken realisiert werden, um den Bundeshaushalt zu stabilisieren. Die vorgeschlagenen Massnahmen betreffen zahlreiche Bereiche, darunter die Bildung, den öffentlichen Verkehr und den Sport. Das Paket sieht unter anderem auch Kürzungen bei den Bundesbeiträgen an die Berufsbildung vor.

Die Interpellation wirft unter anderem folgende Fragen auf:

- Welche finanziellen Auswirkungen sind für den Kanton Wallis infolge der vorgeschlagenen Massnahmen zu erwarten, insbesondere: für die Hochschulen, die Hochschulbildung, die Berufsbildung und die Förderung der Grundkompetenzen bei Erwachsenen und die Forschung?

<sup>2</sup> Mit einer Motion fordern die Abgeordneten die Änderung eines Gesetzes oder der Verfassung. (ebd.)

<sup>3</sup> Die Interpellation ist ein einfaches Gesuch um Auskunft an den Staatsrat. (ebd.)



- Wie gedenkt der Kanton Wallis diese Kostenverlagerungen zu finanzieren?
- Wie positioniert sich der Kanton Wallis in der Vernehmlassung zum Entlastungspaket 2027?
- Welche Massnahmen (politisches Lobbying, interkantonale Zusammenarbeit, Verhandlungen mit dem Bund) ergreift der Kanton Wallis, um die massiven Kostenverlagerungen auf die Kantone zu verhindern?

Die Antwort von Staatsrat Christophe Darbellay auf diese Interpellation können Sie hier nachlesen:

<https://parlement.vs.ch/app/de/link/270985>

## GESETZE

- **Änderung des Gesetzes über den kantonalen Berufsbildungsfonds (GBBF)**

Der Erlass Gesetz über den kantonalen Berufsbildungsfonds (GBBF) (Stand 01.01.2021) wird wie folgt geändert:

Art. 9 Abs. 2 (geändert) 2 Der Beitragssatz darf 1,5 Promille der Lohnsumme nicht überschreiten.

*Anmerkung: Bis anhin war die Grenze bei 1 Promille festgelegt.*

Art. 18 Abs. 2 (geändert) 2 Bei Überschüssen kann der Fonds zur zeitnahen Rückvergütung der verschiedenen Kosten im Zusammenhang mit den Lehrbetrieben eine Reserve von 20 bis 30 Prozent der jährlichen Ausgaben für die in Artikel 4 aufgeführten Leistungen bilden:

- überbetriebliche Kurse, wie sie in den Bildungsverordnungen umschrieben sind, soweit sie nicht durch Subventionen des Bundes oder des Kantons abgedeckt sind;
- Reisespesen der Lehrlinge für den Besuch der überbetrieblichen Kurse;
- \* ...
- Kosten für Prüfungen und andere anerkannte Qualifikationsverfahren;
- Kurse für Berufsbildner in Lehrbetrieben;
- \* ...
- von der kantonalen Aufsichtsbehörde genehmigte Betriebspraktika;
- kollektive Förderaktionen für die Berufsbildung und den beruflichen Nachwuchs;
- \* andere Massnahmen im Zusammenhang mit der Berufsbildung, der beruflichen Weiterbildung, der Lehrstellenbesetzung und der Eingliederung Jugendlicher;
- \* Weiterbildung für Erwachsene.

*Anmerkung: Bis anhin war die Bildung der Reserve nicht optional, sondern fest vorgesehen.*

Der Grosse Rat nimmt dieses Gesetz in einziger Lesung mit 126 gegen 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen an. Mit 127 Ja gegen 0 Nein bei 0 Enthaltungen verzichtet er mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit auf eine zweite Lesung.

Die Frist für die Hinterlegung von 3'000 Unterschriften für das Referendum läuft bis am 27. August 2026. Angesichts der einstimmigen Annahme ist kein Referendum zu erwarten.

<https://parlement.vs.ch/app/de/link/273521>

- **Gesetz über die Walliser Schule**

Das Gesetz über das öffentliche Unterrichtswesen (GUW62) vom 4. Juli 1962 fungiert 63 Jahre nach seinem Inkrafttreten noch immer als Rahmengesetz der Walliser Schule. Seit Inkrafttreten des Gesetzes hat sich das Bildungssystem stark weiterentwickelt; das Gesetz wurde angepasst und sektorielle Gesetze, Verordnungen und Reglemente präzisieren die Aufgaben und Organisationen der Institution Schule. Durch die Verabschiedung der sektoriellen Gesetze konnte sich das Bildungssystem den Bedürfnissen der Jugend anpassen. Da jedoch zahlreiche Artikel in die erwähnten sektoriellen Gesetze aufgenommen wurden, verlor das GUW62 nach und nach an Substanz.

[...] Bevor mit den Arbeiten an einem neuen Rahmengesetz begonnen wurde, musste die Notwendigkeit eines neuen Gesetzes geprüft werden. [...] Die Redaktion eines Gesetzes über die Walliser Schule (GWS) muss Bedürfnissen gerecht werden und einen echten Mehrwert schaffen. Nach mehreren internen Sitzungen der Dienststelle für Unterrichtswesen stellte sich heraus, dass die Anzahl und die Bedeutung der zu behandelnden Themen die Ausarbeitung eines neuen Rahmengesetzes rechtfertigen würden. [...] Der Gesetzentwurf wurde zwischen dem 23. Juni und dem 19. September 2025 zur Vernehmlassung vorgelegt. Insgesamt gingen 97 Stellungnahmen von Akteuren des pädagogischen Bereichs, politischen Parteien, der Kantonsverwaltung, von Gemeinden, Kirchenvertretern und Privatpersonen ein. Die Rückmeldungen zeugten von einer breiten Unterstützung für den Entwurf, enthielten aber auch zahlreiche Anpassungsvorschläge.

Der Grosse Rat nimmt dieses Gesetz in erster Lesung mit 103 gegen 25 Stimmen bei 1 Enthaltung an. Mit 42 Ja gegen 85 Nein bei 1 Enthaltungen wird die erforderliche 2/3-Mehrheit für den Verzicht auf eine zweite Lesung nicht erreicht. Damit wird eine zweite Lesung durch eine Spezialkommission erfolgen und anschliessend ein Beschluss durch den Grossen Rat gefällt.

<https://parlement.vs.ch/app/de/link/274307>

*Ergänzende Anmerkung: Ebenfalls das Gesetz über den Privatunterricht und das Gesetz über die allgemeinbildende Sekundarstufe II wurden in der ersten Lesung in der Mehrheit angenommen, es wurde ebenfalls nicht auf eine zweite Lesung verzichtet.*



## RESOLUTIONEN<sup>4</sup>

- **Bundesgelder für Bildung, Forschung und Innovation**

Die Initianten der Resolution fordern den Staatsrat im Sinne des Erhalts der Innovations- und Wirtschaftskraft des Kantons Wallis auf, beim Bund gegen die massiven Kürzungen der Bundesfinanzierung im Bereich von Bildung und Forschung zu intervenieren.

Mit 72 gegen 52 Stimmen bei 0 Enthaltungen nimmt der Grosse Rat diese Resolution an.

<https://parlement.vs.ch/app/de/link/267653>

## FINANZEN & BERICHTE

- **Budget 2026**

Im Budget 2026 gab es im Bereich der Berufsbildung keine Änderungen zur stillschweigenden Annahme. Die Budgetänderung im Rahmen der Quote für den Erstabschluss auf Sekundarstufe II wurde von der entsprechenden Kommission (abgelehnt).

<https://parlement.vs.ch/app/de/link/269003>

Um das Budget 2026 auszugleichen und auf Antrag seiner Finanzkommission, stimmt der Grosse Rat stillschweigend einem Finanzausgleich (5'275'000 Franken) innerhalb des Globalbudgets zu.

Nach Wiederaufnahme der Diskussion stimmt der Grosse Rat folgender Änderung des Budgets 2026 zu: Streichung von 20 nicht selbstfinanzierten VZE (- 2'400'000.-) mit 65 gegen 63 Stimmen bei 0 Enthaltungen an.

Der Grosse Rat nimmt das Budget des Staates Wallis für das Jahr 2026 mit 108 gegen 19 Stimmen bei 1 Enthaltung an.

<https://parlement.vs.ch/app/de/link/268995>

- **Rechnung 2025 des Departements für Volkswirtschaft und Bildung (DVB)**

<https://parlement.vs.ch/app/de/link/275667>

Herr Staatsrat Christophe Darbellay antwortet mündlich auf unterschiedliche Fragen zur Rechnung im Bildungsbereich.

*Zusammenfassende Darstellung des WVBW:*

Herr Staatsrat Christophe Darbellay weist auf die zahlreichen Investitionen in die Bildung hin (u.a. das Gymnasium «Ella Maillart» in Sitten, die Heilpädagogik und die Dienststelle für die Jugend) und betont die Wichtigkeit des Kompetenzerwerbs und der Bildung als Motor des Kantons.

Er kritisiert die geplanten Sparmassnahmen des Bundes, welche die Streichung der Beiträge an die Berufsbildung und die Hochschulen und eine totale Überwälzung auf die Kantone vorsehen. Er stellt in Frage, ob kantonale Sparmassnahmen im Bereich der Innovation hier zielführend sind.

Staatsrat Christophe Darbellay bestätigt, dass im Bereich der Stipendien und Bildungsdarlehen, die Anstrengungen zu mehr Ausbildungen im Gesundheitsbereich eine Stagnation nicht haben verhindern können.

Er bestätigt, dass im Unterrichtswesen war die Stundenreduktion auf obligatorischer Stufe suboptimal budgetiert war, aber im Verhältnis von 13 Millionen Abweichung zu 600 Millionen Gesamtbudget, wobei 8.4 Millionen auf Erhöhungen in der Sonderpädagogik zurückzuführen sind. 70% der Ausgaben dort sind auf Kinder mit schlechtem Verhalten zurückzuführen. Staatsrat Christophe Darbellay betont, dass die Lehrpersonen in erster Linie für die Vermittlung von Wissen und Kompetenzen zuständig sind und nicht für die Kindererziehung, die in erster Linie in die Verantwortung der Eltern fällt. Es besteht eine steigende Zahl von Kindern mit Lernschwierigkeiten und besonderen Bedürfnissen, aber die schwierigen Verhaltensweisen lasten am meisten auf dem System.

Zu der Frage nach den langen Wartezeiten für physische und psychische Behandlungen weist er auf die Abweichung zwischen empfohlener Anzahl und effektiv angestellten Fachleuten von 71 Vollzeitstellen hin sowie darauf, dass der Grossrat in der Vergangenheit eine Erhöhung der Vollzeitstellen in diesem Bereich abgelehnt hat. Ein ähnliches Bild besteht bezüglich dem Kinderschutz, für den der Kanton Wallis zweimal weniger Personal als in Kantonen mit vergleichbaren Fallzahlen verzeichnet. Er kündigt die Forderung zusätzlicher Mittel für die dringlichen Bereiche, die Sonderpädagogik und den Kinderschutz, an.

Ebenso merkt er gegen Ende seiner Antwort an, dass die Zahl der Kinder pro Berufsberater steigt.

Die vollständige Antwort von Staatsrat Christoph Darbellay können Sie hier nachhören:

<https://vs.recapp.ch/shareparl/?agendaltemUid=c40fc14c-1e09-4aaa-b0f9-b246d4d9de1e&insiteScroll=true&scroll=false&segmentUid=d67f7852-8d5b-4540-9102-80db2cff4d35&unitName=default>

<sup>4</sup> Mit der Resolution kann der Grosse Rat seine Meinung zu wichtigen Ereignissen offiziell kundtun. Sie ermöglicht es dem Grossen Rat auch, sich an das Bundesparlament zu wenden. (ebd.)



- **Jahresbericht 2025 des Staatsrates**

**ZUM BEREICH DER BERUFSBILDUNG**

**Stärkung der Begleitung von Jugendlichen mit Schwierigkeiten**

Die Dienststelle für Berufsbildung (DB) setzt die Begleitmassnahmen für Jugendliche, die beim Übertritt in die Arbeitswelt mit Schwierigkeiten konfrontiert sind, fort und baut sie aus. Die DB stützt sich auf ein Netzwerk von Akteuren an vorderster Front, insbesondere auf Lehrpersonen, Lehrbetriebe und Fachstellen. Das Ziel besteht darin, Ausbildungsabbrüche zu verhindern und den Erfolg jeder und jedes Einzelnen, auch von Jugendlichen mit Migrationshintergrund, nachhaltig zu unterstützen.

**Enge Zusammenarbeit mit Partnern der Berufsbildung**

Eine erfolgreiche Laufbahngestaltung beruht auf einer engen Zusammenarbeit zwischen dem Staat und der Berufswelt. Die DB arbeitet partnerschaftlich mit Lehrbetrieben, Berufsverbänden und spezialisierten Institutionen zusammen, um die Qualität der Ausbildung zu verbessern, diesen Weg aufzuwerten und abgestimmt auf die Bedürfnisse der Jugendlichen und der Wirtschaft zu reagieren.

**Digitalisierung und Anpassung an berufliche Realitäten**

Die digitale Transformation der Berufe beschleunigt sich, ebenso wie die Entwicklung berufsspezifischer digitaler Plattformen und Lehrmittel. Die DB begleitet diese Entwicklungen, um junge Menschen auf die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen der Arbeitswelt vorzubereiten.

**Lehrbetriebsportal: Ein neuer Raum für die Zusammenarbeit**

Die DB schliesst die Einrichtung eines digitalen Portals für Lehrbetriebe ab. Dieses Tool wird die administrativen Abläufe erleichtern, die Datenqualität verbessern und die Kommunikation zwischen den Partnern stärken. Es wird dazu beitragen, die Lehrbetriebe stärker in die Verantwortung zu nehmen und den Verwaltungsaufwand zu verringern, sodass die Ressourcen stärker auf die Betreuung der Lernenden konzentriert werden können.

**Berufsgerechte Lernumgebungen**

Die Vorbereitungsarbeiten im Zusammenhang mit der künftigen interkantonalen Berufsfachschule für Chemie (EPIC) in Monthey wurden 2025 fortgesetzt. Die EPIC wird eine moderne Lernumgebung für hochtechnologische Berufe bieten und ist hauptsächlich auf Chemie und Biotechnologie ausgerichtet.

**Zusammenführung der Massnahmen auf kantonaler Ebene**

Damit die Berufsbildung stark und sichtbar ist sowie mit den wirtschaftlichen Entwicklungen Schritt halten kann, wurde ein Führungsausschuss für die Berufsbildung eingerichtet. Er setzt sich aus Vertretern des Staates und der Fachkreise zusammen und gewährleistet eine gemeinsame Steuerung der prioritären Projekte und eine verstärkte Koordinierung der Initiativen auf dem ganzen Kantonsgebiet.

<https://parlement.vs.ch/app/de/link/275662>

**Die gesamten Geschäfte der Sessionen im Schuljahr 2025/2026 finden Sie hier:**

Septembersession:

<https://parlement.vs.ch/app/de/link/265898>

Dezembersession

<https://parlement.vs.ch/app/de/link/268985>

Maisession:

<https://parlement.vs.ch/app/de/link/273498>

Novembersession:

<https://parlement.vs.ch/app/de/link/267547>

Märzsession

<https://parlement.vs.ch/app/de/link/270933>

Junisession

<https://parlement.vs.ch/app/de/link/275524>